

Information nach Art. 13 und 14 DSGVO

Datenschutzhinweis des Fachdienstes Soziales, Senioren und Integration (Unterhaltsvorschussstelle)

Informationen zur Datenverarbeitung nach Art. 13 und 14 DSGVO

Die Verarbeitung von personenbezogenen Daten erfolgt nur im notwendigen Umfang und im Einklang mit den gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere mit den Regelungen der Datenschutzgrundverordnung der Europäischen Union (DSGVO), des Gesetzes zur Sicherung des Unterhalts von Kindern alleinstehender Mütter und Väter durch Unterhaltsvorschüsse oder -ausfallleistungen (UVG) und des Sozialgesetzbuches.

1. Verantwortlicher für die Datenverarbeitung

Verantwortlich für die Verarbeitung von personenbezogenen Daten bei der Durchführung des UVG ist die Unterhaltsvorschussstelle.

2. Datenschutzbeauftragter

Den zuständigen Datenschutzbeauftragten der Stadt Hemer (Herrn Ralf Luig) erreichen Sie unter folgender E-Mail-Adresse: R.Luig@hemer.de

3. Verarbeitungszwecke

Die Unterhaltsvorschussstelle verarbeitet personenbezogene Daten von Ihnen zum Zwecke ihrer gesetzlichen Aufgabenerledigung nach dem UVG. Sie ist zur wirtschaftlichen Erbringung von Geldleistungen verpflichtet. Dies sind insbesondere die Gewährung von Unterhaltsvorschuss und die entsprechende Beratung. Darüber hinaus werden personenbezogene Daten auch bei der Durchsetzung des auf das Land übergegangenen Unterhaltsanspruchs gegen den Elternteil, bei dem das Kind nicht lebt, sowie ggf. zur Bearbeitung von Erstattungsansprüchen anderer Sozialleistungsträger verarbeitet und ggf. zu Prüfzwecken durch den Bundesrechnungshof, die Landesrechnungshöfe.

Beispiele für Erhebungs- und Übermittlungsanlässe beim Unterhaltsvorschuss

- a) Antragsteller(in): Feststellung der Anspruchsvoraussetzungen (Wohnsitzermittlung, Klärung des Aufenthaltsstatus, Vaterschaftsklärung), Durchsetzung des Unterhaltsanspruchs (wobei es ggf. auf die Verhältnisse beider Elternteile ankommt), anderer Sozialleistungsbezug
- b) Anderer Elternteil: Durchsetzung des Unterhaltsanspruchs (Feststellung der Leistungsfähigkeit durch Einkommens- und Vermögensermittlung)
- c) Berechtigtes Kind: Durchsetzung des Unterhaltsanspruchs, Feststellung anzurechnender Einkünfte (Schulbesuch, Einkommensermittlung)

4. Rechtsgrundlagen für die Verarbeitung

Die Datenverarbeitung durch die Unterhaltsvorschussstelle stützt sich auf Art. 6 Abs. 1 lit. c), Abs. 3 DSGVO i.V.m. § 68 Nr. 14 Erstes Buch Sozialgesetzbuch, § 67 Absatz 2 Satz 1, 67a ff. Zehntes Buch Sozialgesetzbuch, §§ 1, 2, 4 bis 7 UVG.

Bei weiteren Fragen zu Rechtsgrundlagen wenden Sie sich bitte an die Unterhaltsvorschussstelle.

5. Empfänger/innen oder Kategorien von Empfängern/innen

Die unter Ziffer 7 genannten Datenkategorien können zum Zwecke der gesetzlichen Aufgabenerledigung der Unterhaltsvorschussstelle an folgende Dritte beispielsweise übermittelt werden:

Andere Sozialleistungsträger (z. Bsp. DRV, Krankenversicherung, Jobcenter, Bundesagentur für Arbeit), Finanzämter, Gerichte, andere Dritte wie z. B. kommunale Ämter, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Bundesministerium des Innern, Bundesministerium für Justiz und Verbraucherschutz, Bundeszentralamt für Steuern, Bundesamt für Finanzen, Bundesrechnungshof, Landesrechnungshof, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, für den Bereich des Unterhaltsvorschuss zuständiges Landesministerium, ggf. Landesjugendamt, ggf. Landesverwaltungsamt, Insolvenzverwalter, Deutsches Institut für Jugendhilfe und Familienrecht e. V. (DIJuF), Ausländerbehörden, Auftragsverarbeiter (z. B. Scandienstleister, IT-Dienstleister), externe Forschungsinstitute (nur bei Forschungsanträgen, die durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend genehmigt wurden), bei anderen Elternteilen: Arbeitgeber, Ausbildungsbetriebe, Versicherungsunternehmen. Darüber hinaus können personenbezogene Daten auch an öffentliche Stellen übermittelt werden wie z. B. Melderegister, Handelsregister, Grundbuchämter.

6. Speicherdauer

Für Daten zur Inanspruchnahme von Geldleistungen nach dem UVG besteht eine Speicherfrist von 10 Jahren nach Beendigung des Verfahrens zur Durchführung des UVG. Eine Beendigung des Verfahrens liegt vor, wenn keine Zahlung von Unterhaltsvorschuss mehr erfolgt und die Rückgriffsbearbeitung beim Elternteil, bei dem das Kind nicht lebt, abgeschlossen wurde (Grenze: Verjährung /Verwirkung). Innerhalb der vorstehend genannten Frist besteht kein Recht auf Löschung der personenbezogenen Daten.

7. Kategorien personenbezogener Daten

Folgende Datenkategorien werden von der Unterhaltsvorschussstelle verarbeitet:

a) Stammdaten inkl. Kontaktdaten

Das sind:

Aktenzeichen, Name und Vorname des berechtigten Kindes und beider Elternteile, Geschlecht, Geburtsdatum, Geburtsort, Anschrift, Telefonnummer (optional), E-Mail-Adresse (optional), Familienstand, Kindschaftsverhältnis, Staatsangehörigkeit, Aufenthaltsstatus, Renten-/Sozialversicherungsnummer, Bankverbindung

b) Daten zur Leistungsgewährung und zum Rückgriff

Das sind:

Einkommensnachweise, Vermögensnachweise, Leistungszeitraum, -höhe, -art, Angaben zur Unterbringung und zu Betreuungszeiten des Kindes, Daten zu Unterhaltsansprüchen/ Regressansprüchen, Daten zu Krankenversicherung, Rentenversicherung, Pflegeversicherung, Daten zur Dauer und Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses.

8. Betroffenenrechte

Sie haben das Recht, von Ihrer Unterhaltsvorschussstelle **Auskunft** darüber zu verlangen, welche personenbezogenen Daten von Ihnen verarbeitet werden (Art. 15 DSGVO).

Wenn Sie feststellen, dass zu Ihrer Person gespeicherte Daten fehlerhaft oder unvollständig sind, können Sie nach Art. 16 DSGVO die unverzügliche **Berichtigung** oder Vervollständigung dieser Daten verlangen.

Sie haben das Recht auf **Löschung** Ihrer personenbezogenen Daten, wenn hierfür die Voraussetzungen des Art. 17 DSGVO vorliegen. Unter den Voraussetzungen des Art. 18 DSGVO in Verbindung mit § 84 Abs. 3 SGB X können Sie eine **Einschränkung der Verarbeitung** Ihrer Daten verlangen. Dies kommt z. B. dann in Betracht, wenn die Unterhaltsvorschussstelle die Daten nicht mehr länger benötigt, Sie diese jedoch zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigen und eine Löschung der Daten Ihre schutzwürdigen Interessen beeinträchtigen würde.

9. Datenerhebung bei anderen Stellen

Die Unterhaltsvorschussstelle kann zum Zwecke ihrer gesetzlichen Aufgabenerledigung nach dem UVG gem. Art. 6 Abs. 1 lit. c), Abs. 3 DSGVO i.V.m. §§ 67a ff. Zehntes Buch Sozialgesetzbuch, § 6 Abs. 2, 5 und 6 UVG unter Beachtung der gesetzlichen Voraussetzungen personenbezogene Daten auch bei anderen öffentlichen und nicht-öffentlichen Stellen oder Personen erheben.

Dies können sein:

Andere Sozialleistungsträger (z. Bsp. DRV, Krankenversicherung, Jobcenter, Bundesagentur für Arbeit), Finanzämter, Gerichte, andere Dritte wie z. B. kommunale Ämter, Bundeszentralamt für Steuern, Bundesamt für Finanzen, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Ausländerbehörden, bei anderen Elternteilen: Arbeitgeber, Ausbildungsbetriebe, Versicherungsunternehmen, Maßnahme- und Bildungsträger. Darüber hinaus können personenbezogene Daten auch aus öffentlichen Quellen bezogen werden wie z. B. Internet, Melderegister, Handelsregister, Grundbuchämter usw.

10. Beschwerde

Im Hinblick auf mögliche Verletzungen Ihrer Freiheits- und Persönlichkeitsrechte durch die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten können Sie bei der zuständigen Aufsichtsbehörde **Beschwerde** einlegen.

Kontakt:

Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit Nordrhein-Westfalen

Postfach 20 04 44

40102 Düsseldorf

Telefon: 0211/38424-0

E-Mail: poststelle@ldi.nrw.de

Informationen
nach Artikel 13 EU-Datenschutz-Grundverordnung (EU-DSGVO)
FD Soziales, Senioren und Integration

Verantwortlicher	Stadt Hemer Der Bürgermeister Fachdienst Soziales, Senioren und Integration Hademareplatz 44 58675 Hemer Tel. 02372/551-0 E-Mail: info@hemer.de
Datenschutzbeauftragter	Ralf Luig Tel. 02372/551317, E-Mail: r.luig@hemer.de
Zwecke der Datenverarbeitung	Gewährung von Leistungen nach dem III. und IV. Kapitel des SGB XII
Rechtsgrundlagen	SGB X / XII
Empfänger von Daten	<ul style="list-style-type: none"> • Jobcenter • Krankenkassen • Rententräger • Märkischer Kreis • Familienkassen • Rechtsanwälte • Interne Weitergabe innerhalb der Stadt Hemer soweit dies durch eine Rechtsvorschrift erlaubt ist bzw. die Zweckbindung der Datenerhebung bleibt • Sofern Dritte mit der Verarbeitung von Daten auf Grundlage eines sog. „Auftragsvertrages“ beauftragt werden, erfolgt dies auf Grundlage des Art. 28 DSGVO
Dauer der Speicherung und Aufbewahrungsfristen	Nach KGSt-Aufbewahrungsfristen / 10 Jahre nach Fallende. Nach Ablauf der Aufbewahrungsfrist werden nicht mehr benötigte Daten gelöscht.
Rechte der betroffenen Personen	Betroffene Personen haben folgende Rechte, wenn die gesetzlichen und persönlichen Voraussetzungen erfüllt sind: <ol style="list-style-type: none"> 1. Recht auf Auskunft über die verarbeiteten Daten 2. Recht auf Berichtigung unrichtiger Daten 3. Recht auf Löschung oder Einschränkung der Datenverarbeitung 4. Recht auf Widerspruch gegen Datenverarbeitung wegen besonderer Umstände 5. Recht auf Beschwerde an die Aufsichtsbehörde bei Datenschutzverstößen 6. Recht auf Widerruf einer erteilten Einwilligung

Zuständige Aufsichtsbehörde:	Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit Nordrhein-Westfalen, Postfach 20 04 44, 40102 Düsseldorf, Tel.: 0211/38424-0; Fax: 0211/38424-10 E-Mail: poststelle@ldi.nrw.de
------------------------------	---

Informationen
nach Artikel 13 EU-Datenschutz-Grundverordnung (EU-DSGVO)
FD Soziales, Senioren und Integration

Verantwortlicher	Stadt Hemer Der Bürgermeister Fachdienst Soziales, Senioren und Integration Hademareplatz 44 58675 Hemer Tel. 02372/551-0 E-Mail: info@hemer.de
Datenschutzbeauftragter	Ralf Luig Tel. 02372/551317, E-Mail: r.luig@hemer.de
Zwecke der Datenverarbeitung	Senioren- und Behindertenarbeit
Rechtsgrundlagen	SGB Geschäftsordnung des Seniorenbeirates Freiwillig mit Einwilligung
Empfänger von Daten	Interne Weitergabe innerhalb der Stadt Hemer soweit dies durch eine Rechtsvorschrift erlaubt ist bzw. die Zweckbindung der Datenerhebung bleibt
Dauer der Speicherung und Aufbewahrungsfristen	Nach KGSt-Aufbewahrungsfristen bzw. Erledigung des Anliegens
Rechte der betroffenen Personen	Betroffene Personen haben folgende Rechte, wenn die gesetzlichen und persönlichen Voraussetzungen erfüllt sind: 1. Recht auf Auskunft über die verarbeiteten Daten 2. Recht auf Berichtigung unrichtiger Daten 3. Recht auf Löschung oder Einschränkung der Datenverarbeitung 4. Recht auf Widerspruch gegen Datenverarbeitung wegen besonderer Umstände 5. Recht auf Beschwerde an die Aufsichtsbehörde bei Datenschutzverstößen 6. Recht auf Widerruf einer erteilten Einwilligung
Zuständige Aufsichtsbehörde:	Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit Nordrhein-Westfalen, Postfach 20 04 44, 40102 Düsseldorf, Tel.: 0211/38424-0; Fax: 0211/38424-10 E-Mail: poststelle@ldi.nrw.de

Informationen
nach Artikel 13 EU-Datenschutz-Grundverordnung (EU-DSGVO)
FD Soziales, Senioren und Integration

Verantwortlicher	Stadt Hemer Der Bürgermeister Fachdienst Soziales, Senioren und Integration Hademareplatz 44 58675 Hemer Tel. 02372/551-0 E-Mail: info@hemer.de
Datenschutzbeauftragter	Ralf Luig Tel. 02372/551317, E-Mail: r.luig@hemer.de
Zwecke der Datenverarbeitung	Vermittlung von öffentlich gefördertem Wohnraum
Rechtsgrundlagen	WFNG NRW
Empfänger von Daten	<ul style="list-style-type: none"> • Wohnungsbaugesellschaften/Vermieter • Jobcenter • Interne Weitergabe innerhalb der Stadt Hemer soweit dies durch eine Rechtsvorschrift erlaubt ist bzw. die Zweckbindung der Datenerhebung bleibt • Sofern Dritte mit der Verarbeitung von Daten auf Grundlage eines sog. „Auftragsverarbeitungsvertrages“ beauftragt werden, erfolgt dies auf Grundlage des Art. 28 DSGVO
Dauer der Speicherung und Aufbewahrungsfristen	1 Jahr nach Aufnahme des Wohnungsgesuchs, auf Wunsch des Suchenden Verlängerung
Rechte der betroffenen Personen	<p>Betroffene Personen haben folgende Rechte, wenn die gesetzlichen und persönlichen Voraussetzungen erfüllt sind:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Recht auf Auskunft über die verarbeiteten Daten 2. Recht auf Berichtigung unrichtiger Daten 3. Recht auf Löschung oder Einschränkung der Datenverarbeitung 4. Recht auf Widerspruch gegen Datenverarbeitung wegen besonderer Umstände 5. Recht auf Beschwerde an die Aufsichtsbehörde bei Datenschutzverstößen 6. Recht auf Widerruf einer erteilten Einwilligung
Zuständige Aufsichtsbehörde:	Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit Nordrhein-Westfalen, Postfach 20 04 44, 40102 Düsseldorf, Tel.: 0211/38424-0; Fax: 0211/38424-10 E-Mail: poststelle@ldi.nrw.de